

Energie, Wachstum und Beschäftigung: Bessere Prognosen sind notwendig

Karl Hauenschild, geb. 1920 in Hannover, begann 1947 seine hauptamtliche Tätigkeit bei der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik und ist seit 1969 Vorsitzender dieser Gewerkschaft.

„Rohstoffsicherung in der Chemie zielt in einen Grenzbereich, in dem die gewohnten Mechanismen einer freien Marktwirtschaft und der damit verbundenen, noch überschaubaren Risiken zum Teil oder auch völlig außer Kraft gesetzt sein können.“ Diese These stammt nicht aus einem Juso-Papier, sondern vom Vorsitzenden der Dechema und Vorstandsvorsitzenden der Rütgers-Werke AG, *Dr. H. G. Franck*.

In der Tat können weder die Rohstoffsicherung noch die Energieversorgung allein marktwirtschaftlichen Mechanismen überlassen werden. Schon allein ein Blick auf den Preis für Energie zeigt, daß Knappheiten, von denen wir ab 1985 auszugehen haben, nicht ausreichend widerspiegelt werden: Als gegenwartsbezogenes Instrument kann der (Markt-)Preis offensichtlich nicht zukünftige Entwicklungen miterfassen.

Bessere Energiebedarfsprognosen notwendig

Trotz dieser Einsicht, die auch namhafte Vertreter der deutschen Industrie teilen, verbaut die sogenannte ordnungspolitische Debatte in der Bundesrepublik den Weg, rechtzeitig und gemeinsam über notwendige politische Maßnahmen nachzudenken. Vor allem fehlt es an Initiativen, um die Voraussetzungen für solche Maßnahmen zu schaffen. Zu diesen Voraussetzungen würde zum Beispiel die Verbesserung von Energiebedarfsprognosen zählen.

Der Bundesregierung ist zuzustimmen, wenn sie feststellt, daß die Bilanz der bisherigen Energiepolitik, im internationalen Vergleich gesehen, gut ist. Ihr ist nicht zuzustimmen, wenn sie meint, die verfügbaren Energieprognosen reichten aus, um Probleme rechtzeitig zu erkennen¹. So besteht kein Zweifel, daß die Energieprognosen tiefer gegliedert sein müssen. Dies wieder erfordert z. B. im Bereich der Industrie stärker detaillierte und disaggregierte Prognosen über die Produktion, die Beschäftigung und den Energie- und Rohstoffverbrauch der einzelnen Sektoren (z. B.

¹ Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD-FDP-Fraktion zur Energiepolitik, BT-Drucksache 8/570 vom 8. 6. 1977.

Chemie, Aluminium, Glas, Papier usw.). Solche Branchen- bzw. Sektorenprognosen werden von den Gewerkschaften schon seit langem gefordert.

Natürlich gibt es vereinzelt solche Prognosen. Aber sie haben meistens den Charakter von vertraulichen oder geheimen Studien, die das Mißtrauen der Öffentlichkeit und der anderen, nicht beteiligten Gruppen erwecken. Typisches Beispiel ist die „Strom-Geheimstudie“ der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), nach der laut „Spiegel“ der Strombedarf in den privaten Haushalten nur noch halb so schnell wächst, wie die Bonner Regierung in ihren Eckwerten zum Energieprogramm geschätzt habe. Der Presse ist ebenfalls zu entnehmen, daß sich mit Unterstützung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie eine Arbeitsgruppe bei der Dechema in Zusammenarbeit mit mehreren Forschungsinstituten damit beschäftigt hat, die 56-Sektoren-Tabellen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung für die Belange der chemischen Industrie umzugestalten. Einzelne Sektoren wurden zusammengefaßt, spezielle Bereiche der Chemie dafür stärker aufgegliedert bis auf das Niveau relativ homogener Rohstoff-, Grundstoff- und Produktgruppen. Hierauf „sind dann auch leichter Marktanalysen für die wichtigsten Produktgruppen in Zusammenarbeit mit Experten aus der Industrie aufzubauen“².

Aus diesem kurzen Bericht läßt sich nicht erkennen, ob und inwieweit die Entwicklung der chemischen Technik im Zusammenhang mit Energiebedarf und Beschäftigung prognostiziert wurde. Unzweifelhaft ist - und das gilt für alle unsere Branchen, wie Papier, Keramik, Glas oder Kunststoffverarbeitung -, daß diese Informationen wichtig und notwendig sind. Es ist z. B. fraglich, ob der niedersächsische Wissenschaftsminister *Prof. Pestel* den Vorschlag gemacht hätte, Teile der energieintensiven Sektoren Chemie und Metallerzeugung in energiereiche Länder zu verlagern, wenn er die beschäftigungspolitischen Auswirkungen dieses Vorschlags genau durchdacht hätte³.

Tatsächlich sind die Zusammenhänge zwischen Wachstum, Energiebedarf und Beschäftigung nicht einfach. Da ist zunächst einmal die Frage, wie stark Wachstum und Energiebedarf voneinander abhängen. Bundeskanzler *Helmut Schmidt* weist mit Recht darauf hin, daß es kein starres Verhältnis von Wachstum und Energieverbrauch gibt, daß aber mit Sicherheit eine steigende Produktion einen Mehreinsatz von Energie nötig macht⁴. Entscheidende Frage aber ist: Wieviel an Mehreinsatz von Energie? Überraschend ist z. B., daß globale Stromverbrauchsprognosen in der Regel höhere Werte aufweisen als sektoralisierte Prognosen. Bei den sektoralisierten Prognosen, die sich z. B. das Bundesministerium für Forschung und Technologie hat erstellen lassen, ist dabei nur zwischen Industrie, Haushalten, Handel und Gewerbe, öffentliche Einrichtungen, Verkehr und Landwirtschaft untergliedert. Kä-

2 FAZ, Blick durch die Wirtschaft vom 7. 7. 1977.

3 Ich habe diesen Vorschlag an anderer Stelle ausführlich kritisiert. Vgl. dazu: Aspekte der Energiepolitik (Hrsg. M. Krüper), Bund-Verlag, Köln 1977 (erscheint in Kürze).

4 Ebda., Vorwort; vgl. Aspekte der Energiepolitik.

men folglich noch niedrigere Stromverbrauchswerte heraus, wenn noch tiefer gegliedert würde - z. B. entsprechend der 56-Sektoren-Tabelle des DIW? Fest steht jedenfalls, daß nur solche tief gegliederten Prognosen den raschen Strukturwandel und den sich daraus ergebenden - von Sektor zu Sektor unterschiedlichen - Zuwachs des Stromverbrauchs einigermaßen exakt erfassen können.

Problematische Globalprognosen

Unklarheiten gibt es aber auch bei den Globalprognosen: Wenn *Hans Matthöfer* in einer Dokumentation für SPD-Mitglieder vorrechnet, daß ein von 1985 an zu erwartender Engpaß an elektrischer Leistung von mindestens 10 000 Megawatt nur dann vermieden werden kann, wenn das jährliche Wirtschaftswachstum weniger als vier Prozent beträgt - mit der Folge steigender Arbeitslosigkeit -, dann steht das in Widerspruch zu der obenangeführten Prognose: Hiernach hätten wir schon bei 3,3% jährlicher Wachstumsrate des BSP eine ähnliche Versorgungslücke zu erwarten.

Kennzeichnend für die Prognosevielfalt ist auch, daß die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke neuerdings nur noch mit jährlichen Stromverbrauchszuwachsraten von fünf bis sechs Prozent in den nächsten acht bis zehn Jahren rechnen, die Bundesregierung aber immer noch mit 6,2%.

Die Konsequenzen einer im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit *unbefriedigenden* Wachstumsrate des BSP für die Energieversorgung sind damit nicht klar und exakt abzuschätzen. Bessere und detaillierte Prognosen sind deshalb unbedingt erforderlich.

Wachstum und Beschäftigung

Dagegen betreten wir sicheren Boden, wenn wir statt der unbefriedigenden einigermaßen *befriedigende* Wachstumsraten des Sozialprodukts unterstellen. Darunter wäre zu verstehen — und das bezieht sich dann auf den zweiten Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung - eine Wachstumsrate von durchschnittlich 5,5% pro Jahr bis 1980. Nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit würde sich dann die Arbeitslosenquote 1980 auf 1,5 % (gleich 350 000 Arbeitslose plus einer stillen Reserve von 150 000) reduzieren; und für den Zeitraum bis 1985 eine jährliche Wachstumsrate von 4%, die nach derselben Rechnung zum Erreichen der Vollbeschäftigung notwendig ist.

Man kann davon ausgehen, daß der Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung nicht so starr und so sicher ist, wie diese Rechnung es unterstellt. Diesbezüglich waren ja vor allem die jüngsten Erfahrungen sehr aufschlußreich. Denkbar ist aber, daß die unausweichliche - und vielleicht auch gezielte - Verteuerung der Energie den Trend zum (relativ energieintensiven) Einsatz von Maschinen bremsen wird, und zwar zugunsten eines (weniger energieintensiven) Einsatzes

menschlicher Arbeitskraft. Damit würde der Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung wieder enger. Zumindest könnte hier eine — vielleicht nur teilweise - Kompensation für die durch den technischen Fortschritt (Mikroelektronik!) bedingte Entkoppelung von Wachstum und Beschäftigung erwartet werden.

Unbestritten dürfte sein, daß die in jedem Fall zu erwartenden höheren Wachstumsraten - auch bei gezielter Sparpolitik - weitere Kraftwerkskapazitäten voraussetzen. Selbst wenn wir derzeit wenig Aussicht auf üppige Wachstumsraten haben (deshalb die Diskussion über arbeitszeitverkürzende Maßnahmen), sollten wir uns für alle denkbaren Entwicklungen wappnen. Es könnte nämlich durchaus sein, daß wir in den achtziger Jahren als Folge des weltwirtschaftlichen Strukturwandels, der uns jetzt so viel Sorgen bereitet, neue Wachstumsimpulse erhalten, z. B. weil dann die „neuen Industrieländer“ verstärkt hochwertige Produkte der „alten Industrieländer“ nachfragen. Energiedefizite könnten die Chancen verbauen, die eine solche Entwicklung bieten würde.